

**Ausgabe 24
Mai 2014**



FACHHOCHSCHULE DÜSSELDORF
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES DÜSSELDORF

Forschungsberichte

des Fachbereichs Wirtschaft der Fachhochschule Düsseldorf

Ausgewählte Themen zu den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen

Herausgegeben von Hans-H. Bleuel

Lothar Funk

Varianten von Marktwirtschaften: Lehren für Russland



Vorwort

Der kulturelle wie wirtschaftliche Austausch zwischen Russland und Deutschland hat lang zurück liegende Wurzeln. Selbst in den Zeiten des kalten Krieges kam der ökonomische Austausch zwischen der UDSSR und Westdeutschland nicht zum Erliegen. Die Gas-Röhren-Geschäfte, die seinerzeit durchaus kritische politische Stimmen weckten, erscheinen im Nachhinein als Brücke zwischen den Regionen, die eine erneute Annäherung erleichtern halfen. Der Wegfall des eisernen Vorhangs und die Systemtransformation in Osteuropa zählen zu den zentralen historischen Ereignissen des ausgehenden 20. Jahrhunderts, welche auch den Austausch zwischen der russischen Föderation und der Bundesrepublik Deutschland erneut beflügelten.

Heutzutage gilt Russland als einer der großen Wachstumsmärkte weltweit. Deutschlands Modell der Sozialen Marktwirtschaft wiederum erscheint als mögliches Vorbild einer Wirtschaftsordnung für Transformationsländer von Interesse. Dies war der Hintergrund für zwei Forschungstagungen von Vertretern der Südrussischen Technischen Universität in Nowotscherkassk und der FH Düsseldorf im Mai und Oktober 2013. Die nun vorliegenden Diskussionspapiere zu ausgewählten Themen der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen fassen die Beiträge der deutschen Seite für die Öffentlichkeit zusammen. Exemplarisch gehen die Beiträge auf volks- und betriebswirtschaftliche Aspekte ein, welche von wirtschaftswissenschaftlichem Forschungsinteresse sind. Damit soll der wissenschaftliche Austausch unterstützt werden. Dies erscheint nicht zuletzt in Zeiten politischer Divergenzen wichtig, um einen Beitrag zu leisten, der einen konstruktiven Dialog zwischen Russland und Deutschland fördern hilft.

Düsseldorf im Mai 2013

Prof. Dr. Bleuel

Ausgewählte Themen zu den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen

Herausgegeben von Hans-H. Bleuel

Düsseldorf, 2014

Funk, Lothar:

Varianten von Marktwirtschaften: Lehren für Russland

Bleuel, Hans-H.:

Ökonomische Wechselkursrisiken: Relevanz, Bestimmung und Steuerung im russisch-deutschen
Geschäftsverkehr

Albers, Felicitas G.:

Unternehmensziele und Compliance

Fischer, Peter C.:

Globalisierung und Recht: Auswirkungen der Globalisierung auf die Praxis grenzüberschreitender Transaktionen
aus deutscher Perspektive

Turban, Manfred:

Hybride Distributionssysteme auf Basis von Systemmarken bei vertikalen Unternehmen im Non-Food-
Konsumgütersektor und ihre Internationalisierung

Khabyuk, Olexiy:

Chancen einer deutsch-russischen wissenschaftlichen Zusammenarbeit am Beispiel der Medienökonomie

Varianten von Marktwirtschaften

Lehren für Russland¹

Prof. Dr. Lothar Funk

Fachbereich 7 – Wirtschaft/Volkswirtschaftslehre
Fachhochschule Düsseldorf
Universitätsstraße, Geb. 23.32
D-40225 Düsseldorf
lothar.funk@fh-duesseldorf.de

Abstract: Die ordoliberal inspirierte Soziale Marktwirtschaft, die in Westdeutschland seit dem Ende der 1940er Jahre entstanden war, hat in jüngster Zeit erheblich mehr Beachtung in der wissenschaftlichen Debatte gefunden als vor der Finanzkrise, die 2008 einer größeren Öffentlichkeit bewusst wurde. Zuvor wurde der Ansatz von Mainstream-Ökonomen außerhalb des deutschsprachigen Raums hingegen weitgehend vernachlässigt. Deutschland hat unerwartet die Wirtschaftsturbulenzen seit 2008 besser überstanden, als vielfach gerade im englischsprachigen Raum erwartet worden ist. Gleichzeitig haben freiere Marktwirtschaften wie die USA und Großbritannien den Glanz früherer (vermeintlicher) dauerhaft besserer Wirtschaftsdynamik verloren. Die Renaissance von ordoliberalen Konzepten auch im Zuge der Bekämpfung der Krise im Euroraum lässt es als angemessen erscheinen zu prüfen, wie relevant das Modell Sozialer Marktwirtschaft auch für Russland sein könnte. Aus Sicht des Autors würde eine angemessene Übertragung dieser Prinzipien auch zu besseren Aussichten auf dauerhaften Wohlstand in Russland beitragen.

Stichwörter: Deutschland, Ordoliberalismus, Russland, Soziale Marktwirtschaft, Typologie, Wirtschaftssysteme

¹ Erweiterte Fassung des einführenden Vortrages zur Tagung der Staatlichen Technischen Universität Nowotsherkassk und der Fachhochschule Düsseldorf zum Thema „Russland und Deutschland in der Weltwirtschaft: aktuelle Herausforderungen und Perspektiven“ am 23. April 2013, Fachhochschule Düsseldorf.

1 Einleitung: Motivation und Hintergrund zur Transformation

Russland erlebt seit der Auflösung der Sowjetunion in 15 unabhängige Staaten eine Transformation weg von der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft. Vom Ende der UdSSR 1991 bis 1998 sank das Bruttoinlandsprodukt dramatisch um 39 Prozent. Präsident Boris Jelzin brachte hier keine Stabilität – erst mit der Übernahme der Präsidentschaft Ende 1999 durch Wladimir Putin stabilisierte sich die russische Lage beim Wirtschaftswachstum. Die Herausforderung bestand vor allem darin, in einem von staatlichen Monopolen dominierten Land, Eigentumsrechte am früheren Staatseigentum und stabile Institutionen zu schaffen, die wirtschaftliche und politische Freiheiten garantieren (z.B. unabhängige Gerichte, Verwaltungen). Auch wenn hier nicht auf die Einzelheiten des anfänglichen Transformationsprozesses eingegangen werden soll, so ist auch heute noch festzustellen: Dies funktionierte in der Praxis bisher keineswegs optimal.

Folglich besteht Handlungsbedarf in Russland. Hierbei können in (West-)Deutschland entwickelte Konzepte und dort gemachte Erfahrungen hilfreich sein. So hat Deutschland unerwartet die Wirtschaftsturbulenzen seit 2008 besser überstanden, als vielfach gerade im englischsprachigen Raum erwartet worden ist. Gleichzeitig haben freiere Marktwirtschaften wie die USA und Großbritannien den Glanz früherer (vermeintlicher) Wirtschaftsdynamik verloren, da in deren Systemen wesentliche Gründe für die aktuellen Probleme verortet werden, etwa eine zu starke Deregulierung von Finanzsystemen bei gleichzeitig zu geringer bzw. ineffektiver staatlicher Aufsicht.² Die Renaissance von ordoliberalen Konzepten auch im Zuge der Bekämpfung der Krise im Euroraum lässt es als angemessen erscheinen zu prüfen, wie relevant das für (West-)Deutschland kennzeichnende wichtig Modell Sozialer Marktwirtschaft auch für Russland sein könnte.

Dazu veranschaulicht der Beitrag kurz zunächst die Idealtypen von Wirtschaftsordnungen der während des Ost-West-Konflikts beliebten Wirtschaftssystemtheorie und geht anschließend auf die Hauptmerkmale aktuell verbreiteter Ordnungstypen ein. Dabei zeigt sich, dass sowohl freie Marktwirtschaften mit einer Minimierung von Ordnungs- und Prozesspolitik wie auch staatlich gelenkte Wirtschaftsordnungen mit schwachem Ordnungsrahmen und relativ willkürlicher Prozesspolitik tendenziell schlechter abschneiden dürften als eine adäquat am Ideal der Sozialen Marktwirtschaft ausgerichtete Ordnung.

² Vgl. dazu ausführlich Funk 2013 und 2014.

Wichtig ist folglich nicht nur, ob der Staat sich überhaupt wirtschaftspolitisch einbringt, sondern insbesondere wie. Je mehr er sich auf gute Ordnungspolitik und die erforderlichen moderaten prozesspolitischen Eingriffe beschränkt, umso bessere Wirtschaftsdaten sind unter sonst gleichen Bedingungen zu erwarten. Anschließend geht der Aufsatz kurz auf die Phasen der Wirtschaftsentwicklung Russlands seit der Transformation ein und geht auf die Dilemmata der aktuellen Situation ein. Immerhin finden sich vereinzelte Elemente, die auf Versuche einer partiellen Verbesserung des Ordnungsrahmens hinweisen. Um aus der Stagnation und der Gefahrenzone herauszukommen, falls sich eine länger andauernde Stagnation oder erneut ein massiver Wirtschaftseinbruch eintreten sollten, reichen kosmetische Maßnahmen allerdings mitnichten aus. Wäre die entsprechende politische Umsetzungsfähigkeit vorhanden, so könne die Transformation der russischen Wirtschaft in eine Soziale Marktwirtschaft mittel- und längerfristig erheblich die Wirtschaftsdynamik, Stabilität und Systemidentifikation der russischen Bürger mit ihrem Land erhöhen.

2 Traditionelle Typologie von Wirtschaftssystemen

Kombiniert man die zentralen Elemente von Wirtschaftsordnungen – dominanter Ort der Entscheidungsfindung und Hauptform des Eigentums –, so ergibt sich eine Matrix mit vier idealtypischen Grundtypen (vgl. Abb. 1).

Dominante Entscheidungsform	Dezentral	Zentral
Dominierende Form des Eigentums		
Privat	Kapitalistische Marktwirtschaft	Kapitalistische Zentralverwaltungswirtschaft
Kollektiv	Sozialistische Marktwirtschaft	Sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft

Abbildung 1: Traditionelle Typologie der Wirtschaftssysteme

Quelle: Eigene Erstellung in Anlehnung an Starbatty 2008, S. 120.

Wenngleich in der Wirklichkeit weder reine Markt- noch reine Zentralverwaltungswirtschaften existiert haben oder existieren, so ließen sich während des Ost-West-Konflikts im letzten Jahrhundert doch die real existierenden Wirtschaftssysteme tendenziell typischen Merkmalskombinationen zuordnen. Marktwirtschaft oder Zentralverwaltungs- bzw. „Planwirtschaft“ galten vor der Öffnung des „eisernen Vorhangs“, die mit dem Fall der Berliner Mauer 1989 begann, in der volkswirtschaftlichen Wirtschaftssystemtheorie als stabil und als Grundtypen der Wirtschaftsordnungen.

Sozialistische Marktwirtschaft und kapitalistische Planwirtschaft wurden hingegen als Übergangsphänomene – in Kriegs- oder Übergangszeiten – angesehen. Sie tendieren, so die frühere Wirtschaftssystemtheorie, zu einem der beiden Grundtypen.³ Da reine Zentralverwaltungswirtschaften bis auf Nordkorea und Kuba (mit allerdings zunehmenden Freiheiten in jüngster Zeit) auch heute fast keine Rolle mehr spielen, stehen heute verschiedene *Varianten der Marktwirtschaften* im Mittelpunkt der Debatte. In der Literatur finden sich unterschiedliche Typologien, auf die hier jedoch nur am Rande und bei Bedarf eingegangen werden soll.⁴ Vielmehr soll hier vereinfacht und für die hier betrachteten Zusammenhänge ausreichend und besonders relevant in drei Grundtypen gegliedert werden.⁵

(1) „Freie Marktwirtschaften“ (fast) ohne diskretionäre Staatsinterventionen:

Wenn der Staat seine rechtsstaatlichen Grundfunktionen – etwa den Schutz der Eigentumsrechte⁶ – gut löst und auf Prozesspolitik – diskretionäre bzw. fallweise staatliche Eingriffe in den spezifisch konkreten Wirtschaftsablauf – weitgehend verzichtet, so ist im Trend eine hohe Wirtschafts- und Innovationsdynamik zu erwarten. Denn jeder hat ein großes Interesse daran, selbst und an der Dynamik beteiligt zu sein – und dies möglichst ungestört von staatlichen Fehlanreizen einer überbordenden Bürokratie und Regulierung, die die Kosten und somit auch die Steuer- und Abgabenlasten in die Höhe schnellen lassen.

Ein zentrales Problem bleibt allerdings: Wie werden die versorgt, die ungenügend in der Lage sind, Markteinkommen zu erzielen? Reichen hierfür private (Versicherungs-) Märkte aus und kann Wettbewerb über Konzentrationsprozesse nicht auch sich selbst zerstörende Wirkungen haben, die für eine größere „soziale“ Rolle des Staates als in einer freien Marktwirtschaft sprechen? Stellen sich bestmögliche gesellschaftliche Ergebnisse wirklich ein, wenn der staatliche Handlungsrahmen in Bezug auf die Ordnungspolitik – die Ausarbeitung eines generell-abstrakten Regelsystems – und die Prozesspolitik – sehr eng begrenzt ist?

(2) „Soziale Marktwirtschaften“ mit beschränkten und (vorrangig) regelgebundenen staatlichen Interventionen:

Dieser ursprünglich Ende der 1940er Jahre in Deutschland tendenziell umgesetzte Ansatz versucht den zumindest in der idealtypischen Variante der freien Marktwirtschaft vernachlässigten, aber gesellschaftlich wichtigen Aspekten – vor allem Aufrechterhaltung eines funktionsfähigen Wettbewerbs und elementare Sozialpolitik zum Beispiel zur Bekämpfung von Armut – gerecht zu werden.

³ Wie die Matrix in Abbildung 1 zeigt, dienen zwei Ordnungsmerkmale dazu, die vier möglichen Typen der Wirtschaftsordnung voneinander abzugrenzen: der dominante Mechanismus zur Koordinierung wirtschaftlichen Handelns – „Plan“ oder Markt – und die vorwiegende Eigentumsform. „Die Eigentumsform legt fest, ob Produktionsmittel Privat- oder Gemeineigentum sind. In einem kapitalistischen System gehören die Produktionsmittel Privaten; in einem sozialistischen System hingegen sind sie Gemeineigentum“ (Buscher et al., S. 22).

⁴ Vgl. zur genaueren Erörterung Funk 2009, 2010b sowie Kolb 2012, S. 112 ff.

⁵ Vgl. ähnlich Starbatty 2005, S. 120-122.

⁶ Vgl. Buscher et al. 2007, S. 24 f.

Gesellschaftlicher Fortschritt soll in diesem Ansatz vorrangig durch Entfesselung der Leistungsfähigkeit von funktionierenden Märkten zu „Wohlstand für alle“ (erster Bundeswirtschaftsminister *Ludwig Erhard* in Westdeutschland) führen, aber auch durch die Etablierung und Aufrechterhaltung einer Grundsicherung über soziale Sicherungssysteme letztlich für alle. Darüber hinaus ist grundlegend für das ursprüngliche Konzept „dass vom Staat geschaffene wirtschaftliche Institutionen einem System von Prinzipien genügen, welche zu einer ‚Wirtschaftspolitik aus einem Guss‘ und damit dazu führen, dass nicht nur unnötige Staatseingriffe vermieden werden, sondern dass die Rechtsregeln für das Wirtschaftsleben auch systematisch untereinander abgestimmt und auf Lücken oder Fehler untersucht werden.“⁷

Anders ausgedrückt beruht die „soziale“ Komponente des Konzepts Sozialer Marktwirtschaft aus einer wissenschaftlichen Perspektive in der vom Staat möglichst freiheitlich, die Menschenwürde achtend und funktionsfähig festzulegenden Rahmenordnung (lateinisch = *ordo*; namensgebend für die vorrangig im deutschsprachigen Raum verbreitete Denkschule der Ordoliberalen). Folglich soll hiernach der Staat großen Einfluss auf die Ausarbeitung generell-abstrakter Regeln haben und sich im Anschluss in erster Linie auf eine Schiedsrichterrolle und die Durchsetzung des Rechts beschränken,⁸ wobei Exekutive, Legislative und Judikative klar voneinander zu trennen sind.

Die wirtschaftsliberale Gemeinsamkeit mit der Freien Marktwirtschaft besteht darin, dass sich der Staat in der Prozesspolitik weitgehend heraushalten soll. „Während der Staat sich auf die Ausgestaltung einer allgemeingültigen Rahmenordnung für die politische, rechtliche, realwirtschaftliche, monetäre und soziale Sphäre zu konzentrieren hat, sind die spezifisch konkreten Entscheidungen den Fähigkeiten, Fertigkeiten, Kenntnissen und der Kreativität der Individuen anzuvertrauen.“⁹ Eine regelgebundene Politik auf Basis entpersonalisierten Rechts und institutioneller Macht ist in aller Regel personalisierten, diskretionären Eingriffen vorzuziehen.

Das Konzept Sozialer Marktwirtschaft ist hier auch deshalb besonders bedeutsam, da in Deutschland eine zweifache Wirtschaftstransformation aus staatlich gelenkten Systemen zu einer Sozialen Marktwirtschaft alles in allem vergleichsweise erfolgreich gelungen ist: „...nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland von einer Kapitalistischen Zentralverwaltungswirtschaft in die Soziale Marktwirtschaft und ... nach der Wiedervereinigung von der Sozialistischen Zentralverwaltungs- in die Soziale Marktwirtschaft.“¹⁰

⁷ Grosseckttler; Hadamitzky; Lorenz 2008, S. 222 und S. 227.

⁸ „Dem Staat kommt die Aufgabe zu, Regeln zu verfassen, durchzusetzen und gegebenenfalls Sanktionsmaßnahmen gegenüber Regelbrechern zu verhängen“ (Richert 2007, S. 267).

⁹ Richert 2007, S. 262 und vgl. zusätzlich Schumann; Meyer; Ströbele 2011. S. 518 - 522.

¹⁰ Grosseckttler; Hadamitzky; Lorenz 2008, S. 217. Naturgemäß ist allerdings die Übertragbarkeit etwa der Transformation Ostdeutschlands nur teilweise auf die Probleme anderer Staaten bei der Transformation der Wirtschaftsordnung gegeben. Denn in Deutschland hat die gewaltige Größenordnung der innerdeutsche Transfers von West nach Ost sicherlich jedes realistische Ausmaß an transnationalen Transfers zwischen verschiedenen Staaten erheblich überstiegen und hat keineswegs zwangsläufig zu einer höheren Effizienz der Transformation im Vergleich zu einigen EU-Beitrittsländern in die Europäische Union aus Mittel- und Osteuropa im Jahre 2004 beigetragen.

Deutschland kann aber auch als Beispiel dafür dienen, welche Folgen eine mangelhafte Implementierung einer Sozialen Marktwirtschaft haben kann, welche Fehlentwicklungen damit verbunden sind und wie dieses Problem wieder überwunden werden kann.¹¹

(3) *Stark staatlich gelenkte Marktwirtschaften mit Verquickung von staatlicher und privater Einflussphäre:* Grundlegendes Problem all dieser Ansätze ist vor allem eine (weitgehende) Aushebelung des Haftungsprinzips und damit verbundene Fehlanreize und Ineffizienzen. Ursprünglich wurden solche Probleme bei der Überlappung von Staat und Privatwirtschaft in Japan und Südostasien bemängelt, deren einzig sinnvoller Ausweg ein Rückzug des steuernden Staates aus Bereichen ist, in denen die Privatwirtschaft innerhalb eines angemessenen Ordnungsrahmens zu deutlich besseren wirtschaftlichen Ergebnissen führt. Noch verschärfter entwickelte sich das Problem in einigen früheren sozialistischen Wirtschaftsordnungen auf dem Weg zur Marktwirtschaft.

Zunächst ist zu festzustellen, dass die Entscheidung für eine zumindest aus heutiger Sicht unzureichend durchdachte und flankierte Schocktherapie in Richtung „freie Marktwirtschaft“ in den 1990er Jahren die von Verfechtern einer ordoliberalen Transformation zu einer Sozialen Marktwirtschaft vorhergesagten negativen Effekte in Form von Bereicherungs- und Ausbeutungsmethoden der Stärkeren gegenüber den Schwächeren tatsächlich hatte. Letztere wurden dann fälschlicherweise dem Konzept der Marktwirtschaft insgesamt angelastet, das dann als kalt und menschenfeindlich empfunden wird.¹² Die Unzufriedenheit mit der scheinbar freien Marktwirtschaft in Russland, die jedoch – wie insbesondere schon sehr früh von Ordoliberalen vielfach erwartet wurde – zu erheblichen Konzentrationstendenzen in den 1990er Jahren führte,¹³ spielte dem Staat in die Hände, indem er die Missstände während der Transformationsphase (1990-1999), die mit erheblichen gesellschaftlichen Verwerfungen einher gingen, zum Anlass nahm, seine Macht im Wirtschaftsleben während der Phase der wirtschaftlichen Wiederbelebung (1999-2008) wieder erheblich auszudehnen.

¹¹ Grossekketter; Hadamitzky; Lorenz 2008, S. 227 und Funk 2010a.

¹² „Viele Menschen, die früher den sozialistischen Systemen immer tiefe Skepsis entgegenbrachten, sagen heute vielfach: Die sozialistischen Führungen haben uns immer betrogen und belogen, nur in einem haben sie die Wahrheit gesagt: Der Kapitalismus gleicht genau dem Bild, das sie uns gezeigt haben“ (Starbatty 2005, S. 122).

¹³ Während es insbesondere den Beitrittskandidaten zur Europäischen Union gelang, wettbewerbliche Strukturen mehr oder weniger gut und schnell zu etablieren, entwickelte sich insbesondere Russland anders: „...the one major disappointment is Russia, the heart of the former Soviet Union. There, the central planning regime was almost immediately replaced by true oligarchic capitalism. Indeed, the very term ‘oligarchs’ has come to be taken as synonymous with the handful of Russian billionaires who quickly assumed ownership and control of Russia’s former state-owned enterprises (Gazprom, Russia’s giant energy company, in particular), as well as the new firms in banking and various natural resource industries. But oligarchic capitalism in Russia has been short-lived and, at this writing, seems to have been replaced by a state-guided economy accompanied by an authoritarian political system overseen by president Vladimir Putin“ (Baumol; Litan; Schramm 2007, S. 170).

Diese Phase war fast völlig vom Ölpreisboom und dem Ankurbeln der Ölförderung geprägt, wurde aber durch die Finanzkrise (2008-2009) unterbrochen, die Russland angesichts der Abhängigkeit von der (zwischenzeitlich eingebrochenen) internationalen Energienachfrage besonders schwer traf. Im Anschluss stiegen die Wachstumsraten zwischenzeitlich weder auf 3 bis 4 Prozent, was aber selbst infolge der erwarteten Belebung durch die olympischen Spiele in Sotchi nicht mehr erreicht werden konnten. Erwartet wird vielfach hingegen Stagnation oder allenfalls geringfügige Zuwächse.¹⁴

Die anfänglichen freiheitlichen Wirtschaftstendenzen in Russland und demokratischen Freiheiten wurden folglich während der noch andauernden Phase der *Putinomics* durch stärkere staatliche Einflussnahme teilweise und bisweilen entscheidend wieder eingeschränkt.¹⁵ Statt den Fokus auf eine wirtschafts-, beschäftigungs- und freiheitsfreundliche Ordnungspolitik zu legen, wurden hier stattdessen vorhandene freiheitliche Elemente ausgehöhlt, und es dominierten statt freier Märkte wieder aus der Perspektive gesellschaftlich wohlfahrtssteigernder Wirtschaftspolitik teils willkürlich erscheinende prozesspolitische Eingriffe.

Gemeinsamer Nenner der verschiedenen Länder mit staatsgelenkten Marktwirtschaften ist eine Beschränkung individueller wirtschaftlicher Freiheiten, indem „der Staat wirtschaftliche Entscheidungskompetenzen an sich zieht und die Bürger insoweit entmachtet“.¹⁶ Darüber hinaus wird in diesen Staaten die Grundregel des Liberalismus oft ungenügend beachtet, „dass der Bürger als ursprünglicher Träger aller wirtschaftlicher Rechte anzusehen ist und dass vom Staat verlangt wird, dass er für die Beschränkung wirtschaftlicher Freiheiten ‚gute Gründe‘ in Form von Verweisen auf Gemeinwohlverletzungen anführen muss“.¹⁷

Trotz des teils hohen Wachstums und eines Prozesses des Aufholens seit Überwindung der Finanzkrise ab 1998 gilt Russland auch heute noch als „Staatskapitalismus“. Das heißt: Die Regierung setzt die Wirtschaftspolitik ein, um nationale Ziele zu erreichen: „Russian businesses, particularly the oil and gas sector, serve the state and the goals set by Russia’s leadership“ (Gerber 2013, S. 423).

¹⁴ Vgl. Botschaft der Bundesrepublik Deutschland/Germany Trade and Invest/Deutsch-Russische Auslands-handelskammer 2013; Crawford; Fuhrmann 2013; Panova 2011; Traub-Merz 2014, S. 1.

¹⁵ Vgl. etwa folgende Einschätzung eines führenden Transformationstheoretikers zu Russlands Demokratie: „Es fehlen wichtige *checks and balances*, die unkonsolidierte Demokratien vor der Degeneration in eine defekte Demokratie [...] bewahren können, in der ein gewählter Präsident von konstitutionellen Kontrollen kaum eingeschränkt plebiszitär-autoritär regiert“ (Merkel 2010, S. 118). Russlands schwache Funktionsfähigkeit von Institutionen beruht bereits auf historisch problematischen Weichenstellungen und Faktoren (Woodward 2009, S. 232 f.). Bei der Korruption gehört Russland ständig zu den Staaten, bei denen sie als besonders hemmend anzusehen ist, weil sie ein erhebliches Investitionshemmnis für ausländische Unternehmen zu sein scheinen (vgl. Wild; Wild, 2011, S. 120-123).

¹⁶ Grossekettler; Hadamitzky; Lorenz 2008, S. 221.

¹⁷ Ebenda. Die Autoren fahren fort: „Anders ausgedrückt: Die ökonomische Freiheit soll unter der Nebenbedingung der Wahrung von Mindeststandards für Gemeinwohlziele maximiert werden.“

Unterschiedliche „Wirtschaftskulturen“ können nach W. Abelshauser (2012) zum stabilen Erfolg führen.¹⁸ Das Urteil zu Russland ist allerdings nicht gerade ermutigend. Aufgrund der noch bestehenden Strukturprobleme gelte aber für Russlands: „es besteht einstweilen keine Veranlassung, die russische in die Abelshausersche Palette erfolgreicher Wirtschaftskulturen aufzunehmen“ (Merl 2012, S. 113). Noch stark staatlich gelenkte Staaten wie Russland müssen sich folglich entscheiden, welchen Weg sie künftig einschlagen möchten, um auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu gelangen.¹⁹

3 Wirtschaftsentwicklung Russlands: Fakten und Strukturprobleme

Das flächenmäßig größte Land der Welt wuchs seit 1998 längere Zeit mit Raten von im Schnitt mehr als 6 Prozent. Von 2000 bis 2008 hat sich der Weltmarktpreis von Erdöl/Erdgas fast verfünffacht. Zum Wachstum steuerte dies im Schnitt vier Prozentpunkte bei. Quelle des Wachstums ist die Ausbeutung des erheblichen Rohstoffreichtums. Russland verfügt etwa über rund 5 Prozent der weltweiten Erdölvorkommen und 21 Prozent der Erdgasreserven. Russland ist auch weltweit Nummer eins bei Nickel und Palladium, die Nummer zwei bei Aluminium und Platin. Allerdings ist dieses Wachstum durch Rohstoffreichtum nicht nachhaltig und versiegt in jüngster Zeit, unter anderem auch weil sich die Angebots-Nachfragesituation etwa durch die zunehmende Rolle von Fracking insbesondere in den USA geändert hat und wohl weiter verschoben wird. Zudem sind die russischen Rohstoffressourcen so begrenzt und schwer erschließbar, dass die bisher zeitweise hohen Wachstumsraten wohl schon deshalb nicht aufrechterhalten werden können.²⁰

¹⁸ Dabei ist die Wirtschaftskultur eines Landes hiernach vor allem abhängig vom System der sozialen Produktion. Darunter versteht Abelshauser die Art und Weise, wie die Wirtschaft in den Funktionsbereichen organisiert ist und wie sie in den gesellschaftlichen Kontext eingebettet ist. Der jeweilige organisatorische Rahmen und dessen institutionelle Gestaltung bestimmt auch erheblich die Denk- und Handlungsweisen sowie Routinen der Menschen, legt also auch sozusagen die jeweiligen „Spielregeln“ fest.

¹⁹ Der russische Staatskapitalismus zeigt aus Sicht einiger Autoren jüngst sogar ein Bild von Stagnation, Korruption und Verfall. „Only Russia’s vast energy resources kept it going – an industry subject to wild swings as energy prices fluctuated. [...] Some observers substitute *crony capitalism* for *state capitalism* as more appropriate for countries like contemporary Russia (Gregory; Stuart 2013, S. 13 f.). Bei einer aktuellen empirischen Untersuchung zum Ausmaß des Problems des Günstlingskapitalismus (*crony capitalism*) schnitt nicht nur die Ukraine besonders schlecht ab, sondern Russlands Probleme wurden sogar noch als höher eingeschätzt. „Of the world’s big economies, Russia scores worst (The Economist, 2014, S. 53) Darüber hinaus: “Growth has been steady, but the real GDP growth for Russia is considered to be controlled by so-called ‘oligarchs’ – a small group of businesspeople with political influence who capitalized on the privatization of Russia’s economy and who limit competition opportunities for small businesses. However, foreign investors became very wary after the break-up of the Yukos oil group, including jailing its head Michail Khodorkovsky with an eight-year sentence; this made foreign reluctant to propose new deals that would require political approval. About two dozen Russian companies have come under the control of the Kremlin in the last few years, including newspapers and banks” (Deresky, 2010, S. 28). Zudem musste etwa BP erhebliche personelle Zugeständnisse an seine russischen Joint-Venture-Partner machen, um einem staatlich erzwungen Verkauf seiner Vermögensgegenstände..

²⁰ Vgl. Hoppen 2014, S. 206 ff. zu den Ressourcen in Russland und Mandelbaum 2014, S. 144: „Even continued high energy prices – and these are not guaranteed – will not themselves make it possible for Russians to achieve a Western standard of living without having to work for it. It is therefore possible that Russia will experience the worst of both worlds: energy revenues high enough to generate widespread corruption and prevent robust growth, but not high enough to sustain the standard of living to which Russians aspire. Russia could become not Saudi Arabia but Nigeria.“

Unabhängig davon kann der Segen des Rohstoffreichtums allerdings auch zum Fluch werden, wenn die möglichen positiven Effekte hiervon in die falschen Kanäle gelangen werden.²¹ Trotz aller oft betonten Bemühungen Russlands ist es bisher nicht gelungen, leistungsfähige verarbeitende und veredelnde Fertigungsstrukturen aufzubauen. Maschinen/Geräte machen nur 13 Prozent der Exporte aus. Ein verschleppter Strukturwandel zeigt sich darin, dass die bisherigen Erfolge gering sind, die alten Strukturen der Industrie zu modernisieren oder neue aufzubauen. Der Preis dieser Politik ist u.a. eine steigende technologische Abhängigkeit vom Westen. Die deutsche Chance hierbei liegt prinzipiell in wachsenden Exporten von Produkten höherer Fertigungsstufen und Direktinvestitionen in Russland.²² Dies wird jedoch dann gefährdet, wenn die Unsicherheit für Investoren zu- statt weiter abnimmt oder zumindest stabil bleibt. Dies treibt darüber hinaus nicht nur ausländisches, sondern auch inländisches Kapital aus Russland ins Ausland.

Schon seit einiger Zeit entwickeln sich die Investitionen des Auslands in Russland nicht befriedigend. Die Hemmnisse hierfür liegen vor allem in den noch immer verbreiteten russischen Strukturproblemen von Korruption und mangelnder Rechtssicherheit sowie damit verbundenen weiteren Problemen. Gemäß dem Index „Ease of Doing Business“ liegt Russland nur knapp über dem unteren Drittel (2012: Platz 120; 2013: 112 von 183 Ländern) – auch wenn erkannt worden ist, dass eine Verbesserung bei solchen Rankings anzustreben ist.²³

Wie problematisch die einseitige Wirtschaftsstruktur Russlands ist, zeigt sich, wie erwähnt, insbesondere bei der hohen Haushaltsabhängigkeit von Öl- und Gasverkäufen.²⁴ Infolgedessen war Russland ja auch besonders von der Finanz- und Wirtschaftskrise von insbesondere 2008/2009 betroffen, die gewaltige strukturelle Probleme des Landes offen legte.

Strukturell problematisch ist ebenfalls die Entwicklung der Bevölkerung. Seit 1990 von 150 Millionen auf 143 Mio. gesunken, wird sie nach UNO-Schätzungen bis im Jahr 2050 auf 126 Mio. sinken.²⁵

²¹ Vgl. z.B. Meister 2012; Stepanovich 2013 und Traub-Merz (2014, S. 1), der ungeschminkt formuliert: „Die Wirtschaft leidet an der holländischen Krankheit und hat während der Jahre des Ölpreissbooms nur ein Scheinwachstum hingelegt. Mit konservativer Konsolidierungspolitik wurden zwar staatliche Haushalte ins Gleichgewicht gebracht, Devisenreserven angelegt und die Inflation auf fast 6 Prozent gesenkt. Die Wechselkurspolitik bewirkte aber eine enorme Realaufwertung des Rubels, der die Wettbewerbsposition russischer Erzeuger auf internationalen und heimischen Märkten ständig verschlechterte.“

²² Vgl. Rürup; Heilmann 2013, S. 143.

²³ Vgl. Deuber; Schwabe 2013. Problematisch ist dabei aber, dass ein verbessertes Ranking sowohl über echte Strukturformen möglich ist, wie auch durch gewisse Manipulationsmöglichkeiten herbeigeführt werden kann. Daher ist eine schnelle Verbesserung gerade bei dem Doing-Business Ranking nicht immer wirklich aussagekräftig (vgl. Hausman 2013).

²⁴ Vgl. Triebe 2012, S. 13.

²⁵ Vgl.

Gerber 2013, S. 415 ff. und Mandelbaum 2014, S. 144, der sogar feststellt: „The combination of low birth rates and high mortality rates reduces the number of Russians by 700,000 per year.“

Dies alles untergräbt den sozialen Zusammenhalt schon lange. Die gerade in jüngerer Zeit wachsenden ökonomischen Probleme zu lösen, ist eine immense Herausforderung für Russland. Dabei lässt sich insbesondere von den Erfahrungen anderer Länder lernen.

Die Nachfolgestaaten der UdSSR zeigen 20 Jahre seit dem Beginn der Transformation sehr unterschiedliche Entwicklungstendenzen: Ländern mit hoher politischer und wirtschaftlicher Freiheit geht es eher besser.²⁶ Daher spricht vieles dafür, auch in Russland den institutionellen Rahmen in diese Richtung zu ändern, da ihm entscheidende Bedeutung zukommt. Sieht man von Russlands Rohstoffreichtum ab, der das Problem mangelnder nachhaltiger Wettbewerbsfähigkeit für eine gewisse Zeit zumindest teilweise überdecken konnte, leidet das Land unter einem gravierenden institutionellen Defizit und vor allem daraus resultierenden Problemen. Kennzeichnend sind eine schwache industrielle Basis, Markttrigiditäten, eine nur wegen des Rohstoffreichtums bei hohen Weltmarktpreisen hierfür nicht defizitäre Leistungsbilanz sowie Korruption, Vetternwirtschaft und Rechtsunsicherheit, sodass das Wirtschaftssystem sogar von einigen Autoren generell als oligarchischer Kapitalismus (vgl. Baumol/Litan/Schramm 2007, S. 71) charakterisiert wird.

Die schleichende und bisweilen auch akute Wirtschaftskrise in Russland droht dann, wenn Stagnation bzw. Niedrigwachstum andauern, nicht nur in eine ökonomische, sondern auch in eine politische und mentale Krise zu münden. Denn die russische Politikstruktur in Verbindung mit seinem institutionellen Rahmen verursacht Anreize, die den Prinzipien der „Good Governance“ widersprechen. Letztere setzt effektive politische Institutionen, einen verantwortungsvollen Gebrauch von politischer Macht und eine effektive Verwaltung von öffentlichen Ressourcen durch die Regierung voraus.²⁷ Diese muss allerdings selbst ein Interesse daran haben, diese Ziele auch zu erreichen. Im Mangel hieran besteht womöglich der entscheidende Mangel und der Kern der Probleme der bisherigen *Putinomics*. Dennoch soll hier diskutiert werden, inwiefern die Übernahme des Konzepts Sozialer Marktwirtschaft zumindest in zentralen Elementen für Russland vorteilhaft wäre.

²⁶ Vgl. Kolev; Zweynert, 2012.

²⁷ Um es noch weiter zu verdeutlichen: „Good Governance“ besteht allgemein aus der Einhaltung von Menschenrechten, Prinzipien der Demokratie und Rechtstaatlichkeit sowie Bereitstellung gesellschaftlich relevanter öffentlicher Güter, die private Märkte nicht schaffen. Ebenfalls dazu gehören üblicherweise aber auch Mitspracherecht und Verantwortlichkeit, politische Stabilität und Gewaltlosigkeit, Wirksamkeit des Regierungshandelns, staatliche Ordnungspolitik und Korruptionsbekämpfung. Besonders die letzten vier Bereiche sind von Bedeutung bei der Lösung der aktuellen Probleme in Russland.

4 Ordoliberele Soziale Marktwirtschaft als mögliches Reformvorbild für Russland

Die Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft trug in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieg wesentlich zu einer wirtschaftlich sowie gesellschaftlich äußerst positiven Entwicklung bei. Die Prinzipien des Konzepts wurden wissenschaftlich federführend vom Freiburger Nationalökonom Walter Eucken mitbegründet, der als prägender Kopf des in Deutschland zunächst sehr einflussreichen Ordoliberalismus der Freiburger Schule gilt.

Trotz der lange Zeit nur begrenzten Wirkung außerhalb Deutschlands²⁸ helfen die ordoliberalen Lehren bis heute modernen institutionellen Ökonomen bei der Erforschung der Fragen, welche Merkmale eine zugleich menschenwürdige und zugleich funktionsfähige Wirtschaftsordnung hat, warum einige Länder dauerhaft erfolgreicher als andere sind und ökonomische Akteure in bestimmten Ländern mehr oder weniger in Relation zu anderen Staaten investieren.

Diese Sichtweise rückt Institutionen in den Mittelpunkt, da Institutionen formeller (Gesetze, Verträge) sowie informeller Art (Gebräuche, Sitten, Moral) die entscheidenden Anreize für Wirtschaftsakteure setzen, bestimmte Transaktionen durchzuführen oder zu unterlassen.

Die Prinzipien moderner Ordnungsökonomik basieren außer auf den Arbeiten des schon 1950 früh verstorbenen Eucken²⁹ (und anderer Ordoliberaler) insbesondere auf den wissenschaftlichen Befunden der Nobelpreisträger – Jahr der Verleihung in Klammern – Friedrich August von Hayek (1974), James Buchanan (1986), sowie Douglass North (1993). Unter dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft fassen viele moderne Ordnungsökonomien (vgl. dazu vor allem Leschke 2011) die wesentlichen Ergebnisse der genannten Ökonomen folgendermaßen prägnant zusammen.

²⁸ „Die ordoliberale Konzeption ist in Deutschland ... zunächst sehr einflussreich gewesen. Sie lieferte das theoretische Fundament für die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik, die Soziale Marktwirtschaft. ... Außerhalb Deutschlands wurde die Freiburger Schule hingegen zunächst kaum zur Kenntnis genommen. Erst in den letzten Jahren ist die Freiburger Schule auch international in das Interesse einer breiteren Schicht von Ökonomen gerückt: zum einen als deutscher „Vorläufer“ der amerikanischen Verfassungsökonomik und zum anderen – noch stärker – als theoretische Leitlinie bei der Transformation der Staaten in Mittel- und Osteuropa“ (Erlei; Leschke; Sauerland 2007, S. 37; vgl. auch Funk 2001 hierzu). Nach der Finanzmarktkrise gewann der Ansatz erneut Einfluss in der internationalen Debatte, da nicht nur die deutsche Regierung, sondern auch viele Ökonomen in Deutschland von der Überlegenheit der von diesem Ansatz deutlich inspirierten deutschen wirtschaftspolitischen Position im Vergleich zu häufig keynesianischer geprägten Ansätzen etwa in den USA ausgeht.

²⁹ „Als erster hat Walter Eucken einen solchen Katalog von Prinzipien in seinem 1952 posthum veröffentlichten Buch ‚Grundsätze der Wirtschaftspolitik‘ aufgestellt.“ (Grossekettler; Hadamitzky; Lorenz 2008, S. 222).

- Die Freiheit zum Tausch von Gütern und Dienstleistungen, die Vertragsfreiheit sowie die Freiheit zu investieren sind zentrale Vorbedingungen für eine funktionsfähige Marktordnung im ordoliberalen Sinn. Dies ermöglicht es den Individuen, das dezentral verteilte Wissen der Wirtschaftsakteure effizient zu nutzen. Marktpreise auf funktionierenden Märkten drücken Knappheiten aus und „kommunizieren“ diese. Dies schafft Anreize für die Marktteilnehmer, die Ressourcen rentabel und gleichzeitig möglichst effizient einzusetzen. Gesellschaftlich optimale Ergebnisse sind die Folge hiervon. Freiheit ist jedoch wegen möglicher Missbrauchsgefahren zu Lasten Dritter nicht als ein Wert an sich anzusehen, sondern kann nur Verwirklichung finden unter der Wahrung auch der Rechte anderer als „disziplinierte Freiheit“ (Michael Hüther) unter dem Recht.
- Die institutionellen Rahmenbedingungen sind zentral, um wünschenswerte Marktergebnisse zu erzielen. Freiheit führt in Marktprozessen nur zu nachhaltiger erstrebenswerten Ergebnissen für alle Individuen, wenn sie, in Fachsprache ausgedrückt, unter dem Recht unerwünschte soziale Dilemmata destabilisieren (z.B. negative externe Effekte etwa infolge von Umweltverschmutzung) und erwünschte Dilemmata stabilisieren (z.B. Kartellverbot bei oligopolistischen Marktstrukturen zu Lasten des Gemeinwohls). Durch eine klare Definition und Zuweisung von Verfügungsrechten bei erheblichen externen Effekten lässt sich das Verhalten der Unternehmen institutionell gesellschaftlich effizienzsteigernd beeinflussen. Durch die transparente Einführung des Kartellverbots wird Leistungswettbewerb etabliert und Machtmissbrauch von Unternehmen tendenziell beseitigt.
- Damit es im politischen Bereich nicht zu ungerechtfertigter Privilegienpolitik zu Lasten des Gemeinwohls kommt, ist ebenfalls die Einhaltung bestimmter Prinzipien zwingend notwendig. Denn diskretionäre politische Eingriffe führen im Zeitablauf zu Änderungen der marktwirtschaftlichen Rahmenordnung. Diese Eingriffe haben ökonomisch problematische Folgen, wenn sie die Marktprozesse verschlechtern und nicht verbessern, was empirisch aufgrund der mangelnden Planbarkeit der Zukunft auch für Regierungen häufig der Fall ist. Negative Wirkungen ergeben sich etwa, wenn durch Klientelpolitik bestimmte Interessengruppen oder Unternehmen einseitig zu Lasten der Konsumenten unterstützt werden. Zentral ist folglich die Notwendigkeit Rechtsstaatlichkeit und den Gleichheitsgrundsatz zu wahren sowie offene Grenzen (internationaler Freihandel) zuzulassen. Darüber hinaus ist vor allem das Subsidiaritätsprinzip (Primat dezentraler Strukturen) zu wahren und der Grundsatz der Hilfe nur zur Selbsthilfe einzuhalten, um Fehlanreize etwa durch Trittbrettfahrer zu vermeiden.

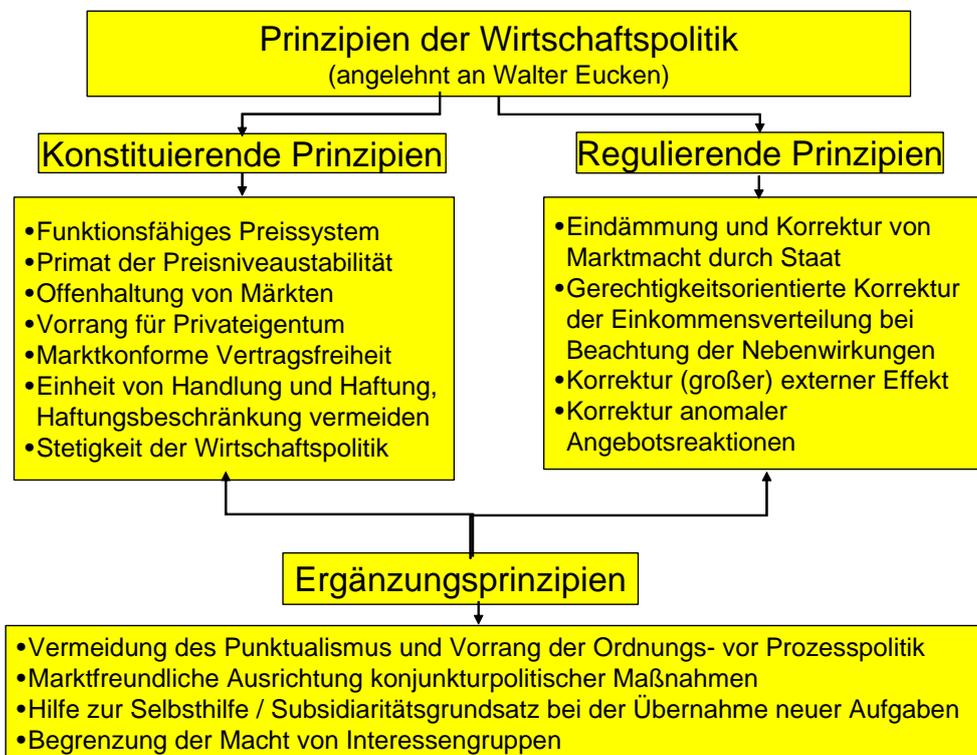


Abb. 2: Zentrale Prinzipien der Wirtschaftspolitik von Walter Eucken

(Eigene Erstellung in Anlehnung an Überblicke bei Erlei; Leschke; Sauerland 2007, S. 466 und Grosseckler; Hadamitzky; Lorenz 2005, S. 224).

An Prinzipien ausgerichtete Politik strebt insgesamt an, eine marktwirtschaftliche Rahmenordnung zu schaffen und willkürliche staatliche Eingriffe in den Marktprozess zu vermeiden, um so den Wirtschaftsakteuren Erwartungssicherheit zu ermöglichen. Dies optimiert längerfristig die Anreize für Investitionen in einer Gesellschaft. Falls sich Politik als unfähig erweist, eine stabile Rahmenordnung zu etablieren und die Politik prinzipienorientiert auszurichten, bewirkt dies Erwartungsunsicherheiten bei den Wirtschaftsakteuren. Kommt es zudem zu einem Kampf um Privilegien zu Lasten anderer, so hat dies noch weitere negative Effekte auf Fortschritt, Wachstum und gesellschaftlichen Wohlstand.

Die Bedeutung Euckens für die Umwandlung einer inferioren in eine effizientere Wirtschaftsordnung darf nicht unterschätzt werden, auch wenn dies fahrlässigerweise wegen der noch immer mangelnden Rezeption seiner Arbeiten gerade im englischsprachigen Ausland häufig geschah.³⁰ So lassen sich etwa die von ihm entwickelten Prinzipien, deren wichtigste Abb. 2 noch einmal zusammenfasst, außer zur Weiterentwicklung einer bestehenden Sozialen Marktwirtschaft beim Auftauchen neuer Herausforderungen oder bei der Diagnose und Abwehr von Fehlentwicklungstendenzen auch als Transformationsprinzipien einsetzen, die bewirken, „dass die Wirtschaftsverfassung ein kohärentes, widerspruchsfreies und vollständiges System von wirtschaftsrechtlichen Institutionen bildet, das zu einer möglichst hohen Koordinationseffizienz führt“.³¹ Zusätzlich zu berücksichtigen ist ebenfalls die Rolle informeller Institutionen. Vor allem A. von Hayek und D. North haben zusätzlich die Bedeutung von Traditionen oder moralischen Einstellungen, herausgearbeitet. Für beide Ökonomen haben diese informellen Aspekte einen gleich hohen Stellenwert wie die formellen Institutionen verdient. Je mehr gesellschaftsspezifische formelle und informelle Regeln miteinander in Übereinstimmung zu bringen sind, desto geringere Transaktionskosten entstehen zur Erhaltung der rechtlichen Ordnung. Kommt es jedoch zu Diskrepanzen, so steigen die Transaktionskosten an.

Politische Reformen, die formelle Formen einführen, die stark in Widerspruch zu informellen Institutionen stehen, mangelt es folglich an gesellschaftlicher Akzeptanz. Generell benötigen solche politische Reformen eine gewisse Zeit, um über die informellen Institutionen nachvollzogen werden zu können und sich erfolgreich zu etablieren – oder es kommt wieder zu Änderungen der formellen Institutionen, weil es Reformen zu sehr an Akzeptanz gemangelt hat. Diese Zusammenhänge sind folglich bei den anstehenden Strukturreformen in Russland ebenfalls zu berücksichtigen, was in der aktuellen deutschsprachigen Literatur zur noch erforderlichen Systemtransformation Russlands auch berücksichtigt wird.³²

Die folgenden Übersichtstabellen zeigen zwar, dass es in jüngerer Zeit sehr wohl zu Anstrengungen in Russland kam, die Wirtschaftsprobleme des Landes nachhaltiger als bisher zu überwinden. Die Ansätze blieben allerdings letztlich bisher halbherzig und unzureichend, um die Probleme an der Wurzel zu bekämpfen. Letztlich dürfte dies daran liegen, dass der erforderliche Abbau marktwirtschaftlich nicht rechtfertigbarer Privilegien etwa durch schlagkräftige Wettbewerbspolitik auch dem Ziel der Machterhaltung zumindest von Teilen der Eliten zuwiderläuft.³³

³⁰ Vgl. Funk 2002.

³¹ Grossekkettler; Hadamitzky; Lorenz 2008, S. 222.

³² Vgl. zu den vorhergehenden Abschnitten grundsätzlich das hervorragende Lehrbuch von Leschke (2011) und speziell zu Russland die Beiträge von Zweynert.

³³ Vgl. Mandelbaum, 2014, S. 136 ff.; OECD 2013, S. 223-226; Hüther 2013 und vgl. Traub-Merz, 2014, S. 7. Letzterer fordert etwa die dringende Implementation einer Wettbewerbsverfassung, „die marode Staatsunternehmen auf Modernisierungskurs bringt...“. Vgl. zu den auch innerhalb Russlands von dort arbeitenden Ökonomen geforderten Reformen, die sehr wohl zielführende Elemente enthalten, etwa DeBardeleben; Zhrebtsov 2013 und Inozemtsev; Kuznetsova 2013.

Ziele	Ansatzpunkte	Beurteilung
Generell besseres Geschäftsumfeld in Russland	<ul style="list-style-type: none"> • deutlich besseres Ranking bei Regulierung anstreben • Quote der Investition erhöhen (25% des BIP) • 25 Millionen neue qualifizierte Arbeitsplätze 	<ul style="list-style-type: none"> • nicht völlig unrealistisch, aber ökonomisch eher nicht sachgerecht • flankierende Bildungs- und Arbeitspolitik fehlt • mehr Akzeptanz von Wettbewerb nötig und einheitliche Spielregeln für Staat, Private und Ausländer
Öffnung nach außen	<ul style="list-style-type: none"> • WTO Beitritt • Bilaterale Abkommen mit EU • Kapitalmarktöffnung 	<ul style="list-style-type: none"> • notwendig, aber nicht hinreichend für mehr Investitionen und Handel • Ausnahmen

Abbildung 3: Aktuelle russische Teilmodernisierung zur Steigerung der Mikroflexibilität.

Quelle: Eigene Erstellung basierend auf Deuber; Schwabe 2013.

Ziele	Ansatzpunkte	Beurteilung
Konsolidierung des Haushaltes	<ul style="list-style-type: none"> • fiskalische Regelbindung ab 2013 	<ul style="list-style-type: none"> • wichtiger Reformschritt
Abkehr von festem zu flexiblem Wechselkurs	<ul style="list-style-type: none"> • keine kontinuierliche Intervention der Notenbank • kein Zwang zur Kursstabilisierung 	<ul style="list-style-type: none"> • wichtiger Reformschritt, da nur schwer zu ändern und effizienzsteigernd • Absorption von Schocks besser
Politik der „Disinflation“ und Finanzsektor risikogerechter regulieren	<ul style="list-style-type: none"> • effektivere Geldpolitik • Notenbank unabhängiger • Langfristzinsen sinken durch stabilere Erwartungen 	<ul style="list-style-type: none"> • deutlich • eindeutig positiv, da gut für lokalen Anleihe- und Finanzmarkt; Maßnahme ist aber noch mehr für Nachhaltigkeit erforderlich

Abbildung 4: Aktuelle russische Teilmodernisierung zur Verbesserung des Makromanagements und der makroökonomischen Stabilität.

Quelle: Eigene Erstellung basierend auf Deuber; Schwabe 2013.

4 Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Euckens ordoliberalen Grundkonzeption trug zu erfolgreichen Perioden in (West-) Deutschland bei. Sie dient nun auch als Blaupause für Reformen des Euroraumes/Finanzsystems. Ziel ist auch heute noch „Wohlstand für alle“ und „Wohlstand durch Wettbewerb“ (Erhard) über offene Märkte. Der Staat setzt vor allem die Rahmenordnung für eine regelgebundene Wirtschaftspolitik, um funktionierenden Wettbewerb zu gewährleisten. Auch die aktuellen deutschen Erfolge sind in erster Linie auf eine Revitalisierung von Markt stärkenden Elementen zurückzuführen. Daher können aus diesem Modell und den bisherigen Erfahrungen damit auch Schlüsse für eine sachgerechter ausgerichtete Ordnungspolitik in Russland gezogen werden, welches Experten bisweilen sogar als „fehlentwickelt“ ansehen.³⁴

³⁴ Vgl. Skidelsky 2013.

Eine nachhaltige effiziente Marktwirtschaft ohne verlässlichen rechtsstaatlichen Rahmen ist nicht möglich. Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsmodell wäre auch für Russland von Vorteil, da die bisherige Ressourcendominanz absehbar an Grenzen stößt und erhebliche negative Nebenwirkungen mit sich bringt. Einige Beobachter gehen sogar davon aus, dass Russland heute eine erheblich bessere Demokratie mit mehr Rechtsstaatlichkeit und eine besser balancierte Wirtschaft hätte, wenn es den Ressourcenreichtum nicht geben würde.³⁵

In jüngerer Zeit kam es jedoch vor allem zu bisher unzureichenden ökonomischen Teilreformen und zu Rückschritten bei der für funktionierende moderne Demokratien essenziellen Institutionen, die auch der Kaschierung der Nichteinhaltung des Putinschen Versprechens hohen Wachstums auch in seiner jetzigen Amtszeit seit 2012 diene. Aber auch heute lässt sich vielleicht noch die These vertreten, dass Wandel auch unter Putin möglich sein kann: „It is within the realm of possibility that the Putin regime, under the pressure of falling revenue from energy, will undertake to reform itself.“³⁶ Sollte es dazu oder einer Reformkonstellation mit anderen handelnden Personen kommen, so könnten die Prinzipien ordoliberaler Sozialer Marktwirtschaft auch hier als Leitlinien für die Etablierung eines dauerhaften Erfolgs zur Steigerung des Gemeinwohls der Bevölkerung, die etwa beim Humankapital bessere Voraussetzungen als viele andere Länder bietet, Russlands insgesamt dienen. Hierzu könnte ein Balance zwischen stärkerer Öffnung nach außen und höherer Attraktivität für Direktinvestitionen zusammen mit vorsichtigen industriepolitischen Impulsen, wie etwa Präsident Medwedjew sie zwischen 2008 und 2012 propagiert hat, gefunden werden. Nachhaltiger Erfolg setzt aber letztlich voraus, dass ungerechtfertigte Privilegien bestimmter Gruppen erheblich beschnitten werden.

³⁵ Vgl. Mandelbaum 2014, S. 144 f.

³⁶ Vgl. Mandelbaum 2014, S. 214.

Literaturverzeichnis

- [Abelshauer 2012] Abelshauer, K.: Ricardo neu gedacht. In (Abelshauer, W.; Gilgen, D.A.; Leutzsch, A. Hrsg.): Kulturen der Weltwirtschaft, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen, 2012, S. 29-56.
- [Baumol; Litan; Schramm 2000] Baumol, W.J.; Litan, R.E.; Schramm, C.J.: Good Capitalism, Bad Capitalism – and the Economics of Growth and Prosperity, Yale University Press New Haven & London, 2007.
- [Botschaft der Bundesrepublik Deutschland/Germany Trade and Invest/Deutsch-Russische Auslandshandelskammer 2013] Botschaft der Bundesrepublik Deutschland/Germany Trade and Invest/Deutsch Russische Auslandshandelskammer: Russland in Zahlen, Moskau, 2013.
- [Buscher, H. et al. 2007] Buscher, H. et al.: Die Wirtschaft, 5. Aufl., Dudenverlag, Mannheim, 2007.
- [Crawford; Fuhrmann 2013] Crawford, C.; Fuhrmann, J. C.: Russland und seine Rolle in den BRICS. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 63. Jg., H. 50-51, vom 2.12.2013, S. 24-29.
- [DeBardeleben; Zharebtsov 2013] DeBardeleben, J.; Zharebtsov, M.: Economic Crisis, the Power Vertical, and Prospects for Liberalization in Russia. In (DeBardeleben, J.; Viju, C. eds.): Economic Crisis in Europe. What It Means for the EU and Russia, Palgrave Macmillan, Basingstoke, New York, 2013, pp. 177-200.
- [Deresky 2010] Deresky, H.: International Management – Managing across Borders and Cultures, Pearson, Boston u.a., 2010.
- [Deuber; Schwabe 2013] Deuber, G.; Schwabe, A.: „Reformtuning“ und tatsächlicher Fortschritt: Russlands Wirtschaftspolitik. In: Russland-Analysen, H. 251 vom 8.2.2013, S. 2 - 15.
- [Erlei; Leschke; Sauerland 2007] Erlei, M.; Leschke, M.; Sauerland, D.: Neue Institutionenökonomik, 2. Aufl., Schäffer-Poeschel Verlag, 2. Aufl., Stuttgart, 2007.
- [Funk 2002] Funk, L.: Economic Approaches to the Study of Contemporary Germany. In: (Grix, J. ed.): Approaches to the Study of Contemporary Germany. Research Methodologies in German Studies, Birmingham University Press, Birmingham, S. 232-264.
- [Funk 2009] Funk, L.: Labour Market Trends and Problems in the EU's Central and Eastern European Member States: Is Flexicurity the Answer? In: Journal of Contemporary European Research, 5. Jg., H. 4, 2009; S. 557-580.
- [Funk 2010a] Funk, L.: Social Market Economy at Sixty: Path Dependence and Path Changes. In: (Glossner, C.L.; Gregosz, D. Hrsg.): Sixty Years of Social Market Economy: Formation, Development and Perspectives of a Peacemaking Formula. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin; Sankt Augustin, 2010, S. 85-103.
- [Funk 2010b] Funk, L.: Typologies of Capitalism: How to Classify the Central and Eastern European Varieties of Labour Market-related Systems? In (Egbert, H.; Esser, C. Hrsg.): Aspects in Varieties of Capitalism. Dynamics, Economics, Crisis, New Players, Lambert Academic Publishers, Saarbrücken, 2010, pp. 65-90.
- [Funk 2012] Funk, L.: The German Economy during the Financial and Economic Crisis since 2008/2009: An Unexpected Success Story Revisited. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin/Sankt Augustin, 2012.
- [Funk 2013] Funk, L.: Germany: Sweeping Structural Reforms Can Work. In (Vit, N. ed.): From Reform to Growth – Managing the Economic Crisis in Europe, Centre for European Studies, Brussels, 2013, pp. 201- 233.
- [Funk 2014] Funk, L. (2014): The German approach to finance in the European context. In (Colvin, S. ed.): Handbook of Contemporary German Politics and Culture Routledge, London; chapter 22, 2014, in print.
- [Gregory; Stuart 2013] Gregory, P.R./Stuart, R.C.: The Global Economy and Its Economic Systems, Cengage, Andover et al., 2013.

- [Grossekettler; Hadamitzky; Lorenz 2008] Grossekettler, H.; Hadamitzky, A.; Lorenz, C.: Volkswirtschaftslehre, UVK, Konstanz, 2. Aufl., 2008.
- [Gerber 2013] Gerber, J.: International Economics, Pearson Education, Inc., Boston et al., 2013.
- [Hausman 2013] Hausman, R.: What to do with Doing Business?, 27. Mai 2013, Download unter: <http://www.project-syndicate.org/commentary/making-the-most-of-the-world-bank-s-doing-business-report-by-ricardo-hausmann>
- [Hoppen 2014] Hoppen, D.: Internationale Wirtschaft. Theorie und Praxis der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Kohlhammer, Stuttgart, 2014.
- [Hüther 2013] Hüther, M.: Ein weltweites Phänomen. In: Handelsblatt vom 29.11.2013, S. 72.
- [Inozemtsev; Kuznetsova 2013] Inozemtsev, V.; Kuznetsova, E.: Economic Relations between the European Union and Russia: Before and after the Crisis. In (DeBardleben, J.; Viju., C. eds.): Economic Crisis in Europe. What It Means for the EU and Russia, Palgrave Macmillan, Basingstoke, New York, 2013, pp. 201-216.
- [Khrushcheva 2014] Khrushcheva, N. L.: Macht ohne Ziel. In: www.project-syndicate.org. Download unter: <http://www.project-syndicate.org/commentary/nina-l-khrushcheva-argues-that-the-kremlin-s-main-problem-is-its-remarkable-lack-of-vision-for-russia-s-future?version=german#QWmOgb9qbgghl1q.99>
- [Kolb 2012] Kolb, G.: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Wissenschafts- und ordnungstheoretische Grundlagen, Oldenbourg, München, 2. Aufl., 2012.
- [Kolev; Zweynert 2012] Kolev, S./Zweynert, J.: Die Nachfolgestaaten der UdSSR – eine Zwischenbilanz nach 20 Jahren. In: Wirtschaftsdienst, 92. Jg., H. 1, 2012, S. 68-70.
- [Leschke 2011] Leschke, M.: Ökonomik der Entwicklung, Verlag für Nationalökonomie, Management und Politikberatung, Bayreuth, 2011.
- [Mandelbaum 2014] Mandelbaum, M.: The Road to Global Prosperity; Simon & Schuster, New York, 2014.
- [Meister 2012] Meister, S.: Russland: Begrenzte politische Ressourcen. In (Braml, J.; Mair, S.; Sandschneider, E. Hrsg.): Außenpolitik in der Wirtschafts- und Finanzkrise, Oldenbourg, München, 2012, S. 205-212.
- [Merl 2012] Merl, S.: Gibt es eine spezifisch russische Wirtschaftskultur? In (Abelshauer, W.; Gilgen, D.A.; Leutzsch, A. Hrsg.): Kulturen der Weltwirtschaft, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen, 2012, S. 85-113.
- [Merkel 2010] Merkel, W.: Systemtransformation, Wiesbaden, 2. Aufl., 2010.
- [OECD 2013] OECD: Going for Growth, Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, 2013.
- [Panova 2011] Panova, V.: Russia: Impact and Response. In (Savona, P.; Kirton, J.J.; Oldani, C. eds.): Global Financial Crisis – Global Impact and Solutions, Ashgate Publishers Limited, Farnham, Burlington, pp. 109-116.
- [Richert 2007] Richert, R.: Makroökonomik, Springer, Berlin, Heidelberg, 2007.
- [Rürup/Heilmann 2013] Rürup, B.; Heilmann, D.: Fette Jahre – Warum Deutschland eine glänzende Zukunft hat, dtv, aktualisierte Neuauflage, München, 2013.
- [Schüller 2013] Schüller, A.: Internationaler Wettbewerb und „autoritärer Kapitalismus“: Eine ordnungspolitische Skizze. In (Pies, I. Hrsg.): Das weite Feld der Ökonomik, Mohr Siebeck, Stuttgart, 2013.
- [Schumann; Meyer; Ströbele 2011] Schumann, J.; Meyer, U; Ströbele, W.: Grundzüge der mikroökonomischen Theorie, 9. A.; Springer, Berlin/Heidelberg, 2011.
- [Skidelsky 2013] Skidelsky, R.: Der russische Janus vom 19.9.2013; download unter www.project-syndicate.org (Stand: 10.1.2014).
- [Starbatty 2005] Starbatty, J.: Ausprägungen von Marktwirtschaften. In (Hasse, R.H.; Schneider, H.; Weigelt, K. Hrsg.): Lexikon Soziale Marktwirtschaft, Schöningh; Paderborn u.a., 2. Aufl. 2005, S. 119-122.
- [Stepanovich 2013] Stepanovich, A.: Berechenbare Kontinuität. In: Welt Trends, : Welt Trends, H. 89, März/April, 2013, S. 62-69.

- [The Economist 2014] The Economist: Planet Plutocrat, Economist vom 15.3.2014, S. 53-54.
- [Traub-Merz 2014] Traub-Merz, R.: Vom Wirtschaftswunder in die Dauerkrise, Perspektive, Berlin, Friedrich Ebert Stiftung, 2014.
- [Wild; Wild 2011] Wild, J.J.; Wild, K.L.: International Business – The Challenges of Globalization, Pearson, Boston u.a., 2011.
- [Woodward 2009] Woodward, R.: Enhancing Enterprise: Economic Policy and Institution Building During Transition. In (von Delhaes, K.; Quaisser, W.; Ziemer, K. Hrsg.): Vom Sozialismus zur Marktwirtschaft – Wandlungsprozesse, Ergebnisse und Perspektiven, Olzog, München, S. 221-237.

Forschungsberichte des Fachbereichs Wirtschaft der Fachhochschule Düsseldorf

Düsseldorf Working Papers in Applied Management and Economics

ISSN 1866-2722

Bisher erschienen:

Ausgabe 29

Khabyuk, Olexiy:

Chancen einer deutsch-russischen wissenschaftlichen Zusammenarbeit am Beispiel der Medienökonomie

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2014/854/>

Ausgabe 28

Turban, Manfred:

Hybride Distributionssysteme auf Basis von Systemmarken bei vertikalen Unternehmen im Non-Food-Konsumgütersektor und ihre Internationalisierung

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2014/853/>

Ausgabe 27

Fischer, Peter C.:

Globalisierung und Recht: Auswirkungen der Globalisierung auf die Praxis grenzüberschreitender Transaktionen aus deutscher Perspektive

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2014/852/>

Ausgabe 26

Albers, Felicitas G.:

Unternehmensziele und Compliance

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2014/851/>

Ausgabe 25

Bleuel, Hans-H.:

Ökonomische Wechselkursrisiken: Relevanz, Bestimmung und Steuerung im russisch-deutschen Geschäftsverkehr

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2014/850/>

Ausgabe 24

Funk, Lothar:

Varianten von Marktwirtschaften: Lehren für Russland

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2014/856/>

Ausgabe 23

Agnese, Pablo:

Offshoring and Productivity Revisited: A Time-Series Analysis

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2013/799/>

Ausgabe 22

Ziehe, Nikola; Stevens, Sarah:

Erfolgreiche Interaktion mit Digital Natives im Social Commerce: Eine theoretische und explorative Analyse von Erfolgsfaktoren in der Kunden-Kunden-Kommunikation

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2012/754/>

Ausgabe 21

Kalka, Regine; Schmidt, Katharina Juliana:

Identitätsorientierte Markenführung im Dienstleistungsbereich am Beispiel der Versicherungsbranche: Eine explorative Studie

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2012/721/>

Ausgabe 20

Weinert, Stephan:

Diversity der DAX30-Vorstände: Anspruch und Wirklichkeit

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2012/718/>

Ausgabe 19

Pagel, Sven; Jürgens, Alexander; Günther, Janina; Mollekopf, Katrin:

Kommunikationscontrolling von Digital Signage : Wahrnehmung, Nutzung und Wirkung von Point-of-Sale-Bildschirmmedien

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2011/666/>

Ausgabe 18

Kalka, Regine; Lux, Dorothee:

Bedeutung, Ansätze und organisatorische Verankerungen von Employer und Behavioral Branding in Unternehmen: Eine explorative empirische Untersuchung

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2011/661/>

Ausgabe 17

Ziehe, Nikola; Stoll, Raina:

Die Wirkung von Kundenbindungsmaßnahmen auf das Einkaufsverhalten im Einzelhandel: Treueprogramme versus Kundenkarten im deutschen Lebensmitteleinzelhandel

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2011/658/>

Ausgabe 16

Pagel, Sven; Goldstein, Sebastian; Janßen, Bernd; Sadrieh, Karim:

Angebot und Nutzung von Videos in Online-Shops: Ein Forschungsprogramm zur multimedialen Bewegtbildkommunikation im Electronic Commerce

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2010/655/>

Ausgabe 15

Funk, Lothar:

Die europäische Flexicurity-Strategie: Ein Überblick zu wichtigen Vor- und Nachteilen

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2010/653/>

Ausgabe 14

Pagel, Sven; Jürgens, Alexander:

Video-Content auf Youtube-Kanälen von TV-Sendern am Beispiel von ARD, BBC und Deutsche Welle: Wahrnehmung, Nutzung und Wirkung von redaktionellen Video-Inhalten

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2010/652/>

Ausgabe 13

Nicodemus, Gerd:

The Option Value of Investments in Energy-Efficient and Renewable Energy Technologies

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2010/647/>

Ausgabe 12

Turban, Manfred:

Markenfokussierte Distributionssysteme in Non-Food-Konsumgüterbranchen: Strukturmerkmale, Typisierungsansatz und Steuerungsproblematik

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2009/587/>

Ausgabe 11

Pagel, Sven; Goldstein, Sebastian:

Nutzung und Wirkung von Video-Content in Online-Jobbörsen: Erkenntnisse einer explorativen Studie

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2009/531/>

Ausgabe 10

Albers, Felicitas; Pagel, Sven; Peters, Horst:

Wahrnehmung und Image der Rheinbahn AG im Bewusstsein der Öffentlichkeit

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2009/530/>

Ausgabe 9

Gerhards, Claudia:

Branded Entertainment im TV: Ein Bestimmungsversuch aus Sicht der Systemtheorie und der Prinzipal-Agent-Theorie und Handlungsempfehlungen für das Schnittstellenmanagement

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2009/518/>

Ausgabe 8

Bleuel, Hans-H.:

The German Banking System and the Global Financial Crisis: Causes, Developments and Policy Responses

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2009/511/>

Ausgabe 7

Kalka, Regine; Krähling, Sabrina:

Multimediale Public Relations bei Messegesellschaften

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2009/509/>

Ausgabe 6

Albers, Felicitas:

Compliance der Compliance: Elektronische Analyseverfahren personenbezogener Daten zur Prävention und Aufdeckung geschäftsschädigender Handlungen in Unternehmen. Diskurs aus Anlass des sogenannten ‚Datenskandals‘ der Deutsche Bahn AG

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2009/508/>

Ausgabe 5

Markowski, N.; Grosser, K.; Kuhl, R.:

Analyse von Barrieren und Hemmnissen beim Wissenstransfer zwischen Hochschulen und KMU

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2008/493/>

Ausgabe 4

Quack, Helmut:

Der Einsatz der multidimensionalen Skalierung (MDS) im nationalen und internationalen Marketing;

Teil 1: Mathematische, empirische und auswertungsbezogene Vorgehensweise

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2008/486/>

Ausgabe 3

Turban, Manfred; Wolf, Julia:

Absatzbezogene Strategien der Internationalisierung des Lebensmittel-Discountmarkts bei Aldi und Lidl im Vergleich

http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/frontdoor.php?source_opus=475

Ausgabe 2

Bleuel, Hans-H.:

Ein Analyseraster zur Bestimmung langfristiger Wechselkursrisiken von Unternehmen - dargestellt am Beispiel der US-Dollar-Abwertung

<http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2008/439/>

Ausgabe 1

Turban, Manfred:

Kosten- und Leistungsstrukturen ausgewählter Betriebstypen des Lebensmittel-Ladeneinzelhandels in Deutschland im Vergleich

http://fhdd.opus.hbz-nrw.de/frontdoor.php?source_opus=414

